

Bern, 17. Mai 2021

## Ausblick auf die Sommersession 2021

Die Sommersession des nationalen Parlaments dauert vom 31. Mai bis 18. Juni 2021. Der Blick auf das Programm zeigt knapp 40 Geschäfte aus dem Themenbereich Digitalpolitik.

Das «[Bundesgesetz über elektronische Verfahren im Steuerbereich](#)» befindet sich in der Differenzbereinigung und ist in beiden Räten traktandiert. Es besteht noch eine Differenz in Bezug auf die Verbindlichkeit für die Kantone. Die Vorlage soll in der Sommersession verabschiedet werden. Ziel der Vorlage ist die schweizweite Digitalisierung der Steuerverfahren.

Der Nationalrat wird sich erneut mit der Botschaft über den «[Jugendschutz in den Bereichen Film und Videospiele](#)» beschäftigen. Er ist bereits in der Frühjahressession auf das Geschäft eingetreten, musste die Detailberatung jedoch aus Zeitgründen verschieben. Der Bundesrat will mit der Vorlage den Jugendschutz stärken und ein europaweit vergleichbares Jugendschutzniveau gewährleisten. Hierfür sollen Plattformdienste für Filme, Videos und Videospiele dazu verpflichtet werden, ein System zur Altersüberprüfung einzurichten, elterliche Kontrollen zu ermöglichen und eine Meldestelle einzurichten.

Ebenfalls im Nationalrat traktandiert ist die Vorlage des Bundesrats zur «[Innovationsförderung](#)». Im Zentrum der Vorlage steht die Erhöhung des Handlungsspielraums von Innosuisse; unter anderem bei der Förderung von Innovationsprojekten und Start-ups. Weiter wird sich der Nationalrat mit der Motion «[Mobilfunknetz. Die Rahmenbedingungen für einen raschen Aufbau jetzt schaffen](#)» der FDP-Liberale Fraktion und mit dem Postulat «[Hochbreitbandstrategie des Bundes](#)» der nationalrätlichen Kommission für Verkehr und Fernmeldewesen beschäftigen.

Der Ständerat wird sich als Zweitrat im Rahmen der Kulturbotschaft 2021-2024 mit der [Revision des Filmgesetzes](#) auseinandersetzen; auch bekannt als «Lex Netflix». Neu sollen Streamingdienste und Fernsehanbieter verpflichtet werden, einen Teil ihrer Einnahmen in das Schweizer Filmschaffen zu investieren und 30 Prozent europäische Filme anzubieten. Während die 30-Prozent-Quote unbestritten scheint, gibt es unterschiedliche Anträge in Bezug auf die Höhe der Investitionspflicht (bis zu 4 Prozent der Bruttoeinnahmen) sowie bei allfälligen Ausnahmeregelungen.

Weiter ist die bereits 2016 eingereichte parlamentarische Initiative «[Teilflexibilisierung des Arbeitsgesetzes und Erhalt bewährter Arbeitszeitmodelle](#)» von Konrad Graber (Mitte) im Ständerat traktandiert. Da die zweijährige Fristverlängerung von 2019 abläuft, bedarf es einer erneuten Fristverlängerung im Rat. Der Entscheid, wie es mit der Vorlage weiter geht, wird vorab am 27. Mai 2021 in der ständerätlichen Kommission für Wirtschaft und Abgaben gefällt (weitere Informationen siehe [NL-Beitrag von digitalswitzerland](#)).

Bei den folgenden zwei parlamentarischen Initiativen beantragen die zuständigen Kommissionen die Abschreibung, weil die Anliegen als erfüllt betrachtet werden: Die parlamentarische Initiative von Marcel Dobler (FDP) «[Daten sind das höchste Gut privater Unternehmen. Datenherausgabe beim Konkurs von Providern regeln](#)» wurde im Rahmen des «Bundesgesetzes zur Anpassung des Bundesrechts an Entwicklungen der Technik verteilter elektronischer Register (AS 2021 33)» umgesetzt ([26. Januar 2021 in Kraft getreten](#)). Die parlamentarische Initiative «[Steuerliche Belastung aufgrund von Mitarbeiterbeteiligungen bei Start-ups und Familienunternehmen deutlich reduzieren](#)» von Ruedi Noser (FDP) wird von der Kommission mit der Aktualisierung der Kreisschreiben 37 «Besteuerung von Mitarbeiterbeteiligungen» der Eidgenössischen Steuerverwaltung als erledigt betrachtet.

*Den vollständigen Ausblick auf die Session, mit allen weiteren Vorstößen zu diversen Themen wie E-Voting, E-Health oder 5G, finden Sie auf der online Monitoring-Plattform [politoscope.ch](https://politoscope.ch). Diese wird exklusiv unseren Mitgliedern zur Verfügung gestellt.*

*Bei Fragen und für Auskünfte kontaktieren Sie uns unter [politics@digitalswitzerland.com](mailto:politics@digitalswitzerland.com).*

*Andreas W. Kaelin, Deputy Managing Director, Geschäftsstelle Bern*